

# Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik

Suchabfrage	<b>23.04.2024</b>
Thema	<b>Keine Einschränkung</b>
Schlagworte	<b>Kinder- und Jugendpolitik</b>
Akteure	<b>Keine Einschränkung</b>
Prozesstypen	<b>Gesellschaftliche Debatte</b>
Datum	<b>01.01.1965 - 01.01.2021</b>

# Impressum

## Herausgeber

Année Politique Suisse  
Institut für Politikwissenschaft  
Universität Bern  
Fabrikstrasse 8  
CH-3012 Bern  
[www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss)

## Beiträge von

Benteli, Marianne  
Bühlmann, Marc  
Flückiger, Bernadette  
Gerber, Jean-Frédéric  
Guignard, Sophie  
Meyer, Luzius  
Mosimann, Andrea  
Müller, Eva  
Pasquier, Emilia  
Schneuwly, Joëlle  
Süri, Daniel  
Zosso, Oscar

## Bevorzugte Zitierweise

Benteli, Marianne; Bühlmann, Marc; Flückiger, Bernadette; Gerber, Jean-Frédéric; Guignard, Sophie; Meyer, Luzius; Mosimann, Andrea; Müller, Eva; Pasquier, Emilia; Schneuwly, Joëlle; Süri, Daniel; Zosso, Oscar 2024. *Ausgewählte Beiträge zur Schweizer Politik: Kinder- und Jugendpolitik, Gesellschaftliche Debatte, 1973 - 2020*. Bern: Année Politique Suisse, Institut für Politikwissenschaft, Universität Bern. [www.anneepolitique.swiss](http://www.anneepolitique.swiss), abgerufen am 23.04.2024.

# Inhaltsverzeichnis

<b>Allgemeine Chronik</b>	1
<b>Grundlagen der Staatsordnung</b>	1
Politische Grundfragen	1
<b>Sozialpolitik</b>	1
Gesundheit, Sozialhilfe, Sport	1
Suchtmittel	1
Soziale Gruppen	2
Migrationspolitik	2
Familienpolitik	2
Kinder- und Jugendpolitik	3
<b>Bildung, Kultur und Medien</b>	8
Bildung und Forschung	8
Grundschulen	8
Kultur, Sprache, Kirchen	9
Kulturpolitik	9
Medien	10
Radio und Fernsehen	10

## Abkürzungsverzeichnis

<b>BUWAL</b>	Bundesamt für Umwelt, Wald und Landschaft
<b>EDK</b>	Schweizerische Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren
<b>EU</b>	Europäische Union
<b>EDI</b>	Eidgenössisches Departement des Inneren
<b>WHO</b>	World Health Organization
<b>SKOS</b>	Schweizerische Konferenz für Sozialhilfe
<b>LCH</b>	Dachverband Lehrerinnen und Lehrer Schweiz
<b>EKKJ</b>	Eidgenössische Kommission für Kinder- und Jugendfragen
<b>SAJV</b>	Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände
<b>UNICEF</b>	United Nations International Children's Emergency Fund
<b>EKJ</b>	Eidgenössische Kommission für Jugendfragen
<b>IKUR</b>	Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule
<b>AJZ</b>	Autonomes Jugendzentrum

---

<b>OFEFP</b>	Office fédéral de l'environnement, des forêts et du paysage
<b>CDIP</b>	Conférence suisse des directeurs cantonaux de l'instruction publique
<b>UE</b>	Union européenne
<b>DFI</b>	Département fédéral de l'intérieur
<b>OMS</b>	Organisation mondiale de la Santé
<b>CSIAS</b>	Conférence suisse des institutions d'action sociale
<b>LCH</b>	Association faitière des enseignantes et enseignants de Suisse
<b>CFEJ</b>	Commission fédérale pour l'enfance et la jeunesse
<b>CSAJ</b>	Conseil Suisse des Activiés de Jeunesse
<b>UNICEF</b>	United Nations International Children's Emergency Fund
<b>CFJ</b>	Commission fédérale pour la jeunesse
<b>IKUR</b>	Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule
<b>CAJ</b>	Centre autonome de jeunesse

# Allgemeine Chronik

## Grundlagen der Staatsordnung

### Politische Grundfragen

### Politische Grundfragen

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 03.02.2014  
MARC BÜHLMANN

Die am 1. Februar 1914 gegründete Neue Helvetische Gesellschaft (NHG) lancierte ihr Jubiläumsjahr Anfang Februar mit verschiedenen Aktionen für eine verbesserte politische Bildung. Mit der Verleihung eines **Demokratiepreises**, mit dem innovative Leistungen ausgezeichnet werden, oder mit der Koordination verschiedener Projekte, mit denen die Teilnahme von jungen Menschen an der Politik gefördert werden soll, will die NHG Impulse für eine stärkere Partizipationskultur geben. Politische Bildung spielte auch eine Rolle in der Diskussion um den Lehrplan 21. Lediglich punktuell und fächerübergreifend eingesetzt und teilweise ideologisch untermauert, werde die Idee der politischen Bildung als Grundlage für kritisches Beobachten der Politik nicht umgesetzt, wurde etwa kritisiert. Eine von der Bank Julius Bär gesponserte, im August veröffentlichte Studie zeigte zudem, dass rund drei Viertel von etwa 1000 Befragten finden, dass politische Bildung zu mehr politischem Interesse beitragen könnte.<sup>1</sup>

## Sozialpolitik

### Gesundheit, Sozialhilfe, Sport

### Suchtmittel

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 10.11.1995  
MARIANNE BENTELI

Rund 100 führende Wirtschaftsvertreter sprachen sich im Herbst 1995 in einem gemeinsam veröffentlichten **Grundsatzpapier für eine ausgeweitete kontrollierte Drogenabgabe an Süchtige**, die Eliminierung sämtlicher offener Drogenszenen, eine Entkriminalisierung des Drogenkonsums sowie für verstärkte Präventionsmassnahmen im Bereich der Jugend- und Familienpolitik aus. Sie begründeten ihr Engagement mit menschlicher Betroffenheit, aber auch mit der Ineffizienz der heute noch stark auf Repression ausgerichteten Drogenpolitik, welche den Steuerzahler – und damit auch die Wirtschaft – stark belastet, sowie mit Image-Problemen des Wirtschaftsstandortes Schweiz.<sup>2</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 19.05.2020  
JOËLLE SCHNEUWLY

Im Mai 2020 gab eine **Befragung der WHO** in den Medien zu reden, im Rahmen derer der Umgang von europäischen Schülerinnen und Schülern zwischen 11 und 15 Jahren mit **Drogen, Sexualität, Ernährung und weiteren Themen bezüglich Gesundheit** untersucht wurde. Das Suchtmittel, das von Schweizer Jugendlichen am meisten konsumiert wird, ist gemäss der Organisation Sucht Schweiz, welche die Studie für die WHO hierzulande durchführte, der Alkohol. So hätten sich 8 Prozent der weiblichen und 13 Prozent der männlichen 15-jährigen Umfrageteilnehmenden im Monat vor der Erhebung mindestens einmal richtig betrunken gefühlt. Im europäischen Vergleich liegen diese Zahlen wie auch die Zahlen zum Zigarettenkonsum etwa im Mittelfeld. Anders sieht es hingegen bezüglich Umgang mit Cannabis aus, wo die Schweizer Jugend 2020 negativ auffiel. 27 Prozent der befragten Schüler und 17 Prozent der befragten Schülerinnen haben der Umfrage zufolge bereits einmal Kontakt mit Cannabis gehabt. Zudem gaben 13 Prozent der Jungen und 8 Prozent der Mädchen an, innerhalb der letzten dreissig Tage vor der Befragung die Droge konsumiert zu haben – dies sind doppelt beziehungsweise mehr als dreimal so viele wie bei den Erwachsenen, von denen gemäss der Erhebung 4 Prozent während des letzten Monats Cannabis konsumiert haben. Damit lassen sich die Schweizer Schülerinnen im Bezug auf Cannabiskonsum im oberen Mittelfeld verorten, währenddem lediglich bulgarische Schüler öfter Cannabis konsumieren als Schweizer Schüler. Sucht Schweiz erklärte die hohen Werte mit unterschiedlichen interagierenden Faktoren. Cannabis werde in der Schweiz gesellschaftlich bis zu einem gewissen Grad akzeptiert, was dazu führe, dass manche Jungen und Mädchen die Droge «als nicht so schlimm ansehen». Zudem gebe es einen Zusammenhang zwischen der Wahrscheinlichkeit des Konsums von psychoaktiven Substanzen und dem sozialen Umfeld. Jugendliche, welche ihre familiäre Unterstützung als gering bis mittelmässig wahrnahmen, würden eine höhere Wahrscheinlichkeit aufweisen, mindestens einmal zur Zigarette zu greifen, Alkohol zu trinken oder Cannabis zu rauchen. Gemäss Tages-Anzeiger muss bezüglich Cannabis jedoch von den Befragungen der WHO und Sucht

Schweiz ausgehend festgehalten werden, dass die Jugendlichen 2020 nicht häufiger kiffen, als es früher üblich gewesen war.<sup>3</sup>

## Soziale Gruppen

### Migrationspolitik

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 16.07.1991  
MARIANNE BENTELI

In Ergänzung früherer Beschlüsse verabschiedete die Konferenz der kantonalen Erziehungsdirektoren neue **Empfehlungen zur Schulung fremdsprachiger Kinder und Jugendlicher**, die im Mittel 16 bis 17%, in manchen Kantonen gar 30% der Schüler ausmachen. Die EDK betonte dabei besonders den Anspruch aller ausländischer Kinder, auch der illegal anwesenden, auf Bildung und auf gleichberechtigte Integration. Lehrmittel und Stundenpläne sollen inskünftig vermehrt auf den interkulturellen Unterricht abgestimmt und mindestens zwei Stunden pro Woche für die Sprache und Kultur des Herkunftslandes reserviert werden.<sup>4</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 07.08.1991  
MARIANNE BENTELI

Unterschiedlicher Erfolg war einer **Anti-Rassismus-Kampagne der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV)** beschieden. Während die unter dem Motto "Gib dem Rassismus keine Chance" durchgeführten Anlässe auf reges Interesse stiessen, harzte es bei der Unterschriftensammlung für eine entsprechende Petition. Die Eidgenössische Kommission für Jugendfragen (EKJ), welche in ihrem ersten Teilbericht zur Situation der Jugendlichen in der Schweiz unter anderem den Rassismus untersuchte, kam zum Schluss, dass für verunsicherte Jugendliche das rechtsextreme Angebot mit seinen einfachen Erklärungen politischer Vorgänge sehr attraktiv sein kann. Die Vermittlung negativ formulierter Werte (Antirassismus) genügt hier nach Ansicht der EKJ nicht mehr, nötig wären neben verbesserter Information vielmehr positive Ansätze, so etwa der alltägliche Umgang mit Demokratie, gelebter Solidarität und Toleranz. Die EKJ regte deshalb die Durchführung einer Rassismuspräventionskampagne an, die ähnlich breit angelegt sein müsste wie jene zum Thema Aids.<sup>5</sup>

### Familienpolitik

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 19.06.2020  
SOPHIE GUIGNARD

Les mesures prises face à la pandémie de coronavirus, et notamment la fermeture des structures d'accueil extrafamilial ont fait la part belle au **débat sur le travail domestique relatif aux enfants** dans la presse des mois d'avril et de mai.

Concernant les crèches, pas d'unité nationale ni pour les fermetures, ni pour le dédommagement des parents ou des structures. Une question dont le Parlement s'est d'ailleurs saisi, soulignant par exemple les différences de financement entre la Suisse-allemande et la Suisse romande. Plusieurs de ces structures se sont dites inquiètes de l'éventuel manque à gagner.

La question du genre et de l'inégalité qu'il crée en termes de prise en charge des enfants a été largement évoquée. Des parents révélaient être dépassés par l'ampleur des tâches que représentaient le télétravail en même temps que l'accompagnement des enfants dans leur travail scolaire ou leurs activités quotidiennes dans un contexte de semi-confinement. L'organisation féministe «Eidgenössische Kommission dini Mueter» a tiré la sonnette d'alarme dans une tribune publiée dans la WoZ: il incombe plus souvent aux femmes de prendre en charge les tâches de «care» au sein de la famille, de même qu'elles sont aussi fortement représentées dans les métiers de la santé et du soin. Plusieurs articles relataient des témoignages de pères ravis d'assister de manière plus intense au quotidien de leurs enfants, ayant ainsi l'occasion de les voir grandir, mais également se sentir soulagés de pouvoir retourner au travail.

La question de la vulnérabilité des enfants face au virus n'a pas toujours été claire. En début d'épidémie, Daniel Koch et Alain Berset avaient annoncé lors de conférences de presse que les enfants ne pouvaient être infectés, un verdict sur lequel ils sont revenus plus tard.

Les jeunes mères se sont retrouvées fragilisées pendant la période suivant la naissance de leur enfant, le suivi à domicile par les sage-femmes étant rendu plus difficile.

Enfin, pour les couples séparés se partageant la garde des enfants, la présence du virus et du risque d'infection ont parfois crispé les relations autour du droit de visite. Certains points de rencontre, ces lieux où le parent qui n'a pas la garde de l'enfant et représentant un danger pour l'autre peut rencontrer son enfant sous surveillance des autorités, ayant été fermés.<sup>6</sup>

## Kinder- und Jugendpolitik

### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 18.12.1973

OSCAR ZOSSO

Auf **kantonalen und lokaler Ebene** befassten sich verschiedene parlamentarische Vorstösse mit den Problemen der **Jugendpolitik**. Die Diskussionen und Auseinandersetzungen um den Bau, die Leitung und den Unterhalt von Jugendzentren und Notschlafstellen nahmen ihren Fortgang. Während in **Luzern und Solothurn unter guten Vorzeichen Jugendhäuser eröffnet** wurden, führte in Zürich das vom Stadtrat vorgelegte 35-Millionen-Projekt eines Jugendhauses zu Kontroversen und ablehnenden Stellungnahmen, die kaum Hoffnung auf eine baldige Verwirklichung dieser Institution zulassen. Im Zusammenhang mit der 1974 in Kraft tretenden Teilrevision des Jugendstrafrechts (Cf. die strafrechtliche Überprüfung 1971) und dem weiterhin akuten Drogenproblem standen die erzieherischen und therapeutischen Massnahmen im Vordergrund des Interesses. Dabei wurde betont, dass es von seiten der Kantone wie des Bundes grosser Anstrengungen bedürfe, um die für den sinnvollen und gesetzeskonformen Vollzug des Jugendstrafrechts nötigen differenzierten und spezialisierten Heime zu schaffen. Konflikte in verschiedenen Heimen fanden in der Presse eine breite Darstellung. Die Ausweisung von Schweizer Jugendlichen aus der von der Lehrlingsorganisation Hydra gegründeten und von politischen und kirchlichen Persönlichkeiten unterstützten Pioniersiedlung Longo Mai in Südfrankreich machte weite Kreise auf einen Versuch aufmerksam, das Stadium der blossen Kontestation durch Selbstverantwortung und konstruktiven Idealismus zu überwinden.<sup>7</sup>

### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 13.11.1974

OSCAR ZOSSO

In der **Jugendpolitik** löste das Vernehmlassungsverfahren des EDI zum 1973 publizierten **«Jugendbericht»** ein starkes Echo aus. Über 60 Stellungnahmen – darunter einige sehr gewichtige Dokumente – zeugten von einer breiten und offen geführten Auseinandersetzung. Eine eigentliche Grundwelle jugendpolitischer Diskussion in der Schweizer Jugend sei freilich nicht ausgelöst worden, stellte die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände fest. Der Bericht der Studiengruppe fand im allgemeinen eine gute Aufnahme. Kritische Stimmen wie jene der SVP äusserten jedoch Skepsis gegenüber den Möglichkeiten behördlicher Massnahmen. Mehrheitlich abgelehnt wurde die Schaffung der Stelle eines Delegierten für Jugendfragen, dessen Funktionen nach der Ansicht vieler Eingaben von einer Jugendkommission besser erfüllt werden könnten. Während das EDI zuhanden des Bundesrates Vorschläge für das weitere Vorgehen ausarbeitete, wurden auch auf kantonaler und kommunaler Ebene jugendpolitische Initiativen ergriffen.<sup>8</sup>

### GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE

DATUM: 02.12.1974

OSCAR ZOSSO

Die positive Aufnahme des Jugendberichts und die Bereitschaft weiter Kreise, eine aktivere Jugendpolitik des Bundes zu unterstützen, können freilich nicht darüber hinwegtäuschen, dass die **Beziehungen zwischen Jugend und Erwachsenengesellschaft** nach wie vor durch viel Konfliktstoff belastet werden. Unter den zahlreichen Auseinandersetzungen, die sich um Jugendzentren drehten, beanspruchten Vorgänge in Winterthur besondere Aufmerksamkeit. Im März wurde das Jugendhaus unter Polizeieinsatz geräumt. Im Sommer entfesselten antimilitaristische Texte, die im Schaufenster des Jugendhauses ausgehängt worden waren, einen **«Wandzeitungskrieg»**, der unter anderem zu zwei Petitionen an den Stadtrat führte. 2'500 Winterthurer wandten sich gegen **«subversive Umtriebe im Jugendhaus»**, 1'300 Bürger unterzeichneten eine Eingabe **«Für freie Meinungsäusserung im Jugendhaus»**. Der Stadtrat als Träger dieser Institution arbeitete schliesslich ein **«Wandzeitungsregulativ»** aus, das unzensurierte Wandzeitungen im Treppenhaus und in den Gängen des Jugendhauses gestattete. – Die **Zürcher Stimmbürger lehnten** einen Kredit von CHF 42 Mio für den **Bau des Gemeinschaftszentrums Drahtschmidli ab** und verlängerten damit den nahezu 30 jährigen Leidensweg des Zürcher Jugendhauses um eine weitere Etappe. Die Errichtung einer Pioniersiedlung nach dem Vorbild von **«Longo Mai»** in Lostallo (Misox, GR) gab als ein Experiment, das sich offenbar nur schwer mit traditionellen Vorstellungen vertrug, viel zu reden. Die Pioniere fanden nicht nur aus dem linken Lager, sondern auch durch bürgerliche Politiker und Wirtschaftskreise Unterstützung, gerieten aber trotzdem, wie zuvor in Frankreich, unter starken Beschuss. Man warf ihnen vor, als Polit-, Sex- und Rauschgiftkommune die staatliche und sittliche Ordnung bewusst und zielgerichtet zu untergraben. Die Bündner Fremdenpolizei wies, unter anderem aus überfremdungspolitischen Gründen und auf Wunsch der Lostaller Gemeindeversammlung, zwölf Ausländer aus.<sup>9</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**DATUM: 12.09.1975  
DANIEL SÜRI

In der **Jugendpolitik** verloren die Fragen um die **Jugendunrast**, die seit **1968** im Vordergrund gestanden hatten, weiterhin sichtlich an Gewicht. Das öffentliche Interesse beschränkte sich vorwiegend auf verschiedene wissenschaftliche Untersuchungen, die – mit einigem Verzug – die Jugendrevolte analysierten. So erschienen, als Ergebnisse eines vom Zürcher Stadtrat 1970 in Auftrag gegebenen interdisziplinären Projekts, zwei weitere Arbeiten, die sich mit den volkskundlichen und den pädagogisch-sozialpsychologischen Aspekten der Jugendunrast befassten. Auch über die religiösen Randgruppen, die zur Zeit über eine namhafte jugendliche Anhängerschaft verfügen, wurde eine Untersuchung vorgelegt. Neue und unerwartete Jugendprobleme ergaben sich durch die Rezession, welche die Ausbildungs- und Berufschancen zahlreicher Jugendlicher beeinträchtigte und zu Jugendarbeitslosigkeit führte. Dieser beunruhigenden Erscheinung, die freilich im internationalen Vergleich noch als keineswegs schwerwiegend bezeichnet werden konnte, begegneten Behörden und Privatwirtschaft mit verschiedenen Hilfsmassnahmen. Die Bestrebungen zu einer Aufwertung und Institutionalisierung der schweizerischen Jugendpolitik, wie sie seit 1971 im Gange sind, führten dagegen noch zu keinen konkreten Resultaten (Cf. en 1973 et 1974). Ein Bericht über die Jugendhilfe und Jugendarbeit in der Stadt Zürich wies auf zahlreiche Lücken und Mängel im Hilfsangebot hin und unterstrich die anhaltende Überlastung der bestehenden Einrichtungen.<sup>10</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**DATUM: 06.05.1982  
JEAN-FRÉDÉRIC GERBER

**Symbole de la révolte des jeunes Zurichois, l'AJZ de la Limmatstrasse a été rasé lors d'une opération préparée en secret par les autorités locales.** L'autorisation de démolir délivrée par le Conseil de Ville n'a été rendue publique qu'une fois les travaux largement entamés. Cette action éclair a été motivée par la décision du comité de parrainage du centre, constitué des deux Eglises nationales et de Pro Juventute, de résilier le contrat qui les liait à la municipalité. La situation créée par le trafic et la consommation de drogues dures ainsi que le recours déposé par l'UDC contre le crédit que le Conseil synodal de l'Eglise réformée zurichoise entendait allouer chaque année à l'AJZ ont incité le comité de soutien à renoncer d'assurer la responsabilité du centre. A l'approche des élections communales, l'opposition politique au maintien de l'AJZ n'a fait que se renforcer. Les crédits municipaux ont même été provisoirement bloqués, en attendant le renouvellement des autorités.<sup>11</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**DATUM: 19.06.1991  
MARIANNE BENTELI

Jene Jugendliche, die sich noch für Politik interessieren, tun es aber oft mit vollem Engagement. So etwa jene rund 150, die sich Ende September auf Einladung der Solothurner Jungparteien in Grenchen zum ersten schweizerischen "Politrtreffen" einfanden, um gemeinsam über Sprach- und Parteigrenzen hinweg in fünf Workshops Visionen und Perspektiven für die Zukunft der Schweiz zu entwickeln. Höhepunkt der politischen Beteiligung der Jugend am schweizerischen Staatsgeschehen war aber zweifellos die von der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) organisierte "**Jugendsession 1991**", in der am 25. September 246 Jugendliche im Saal des Nationalrates die für gewöhnlich dort tagenden Parlamentarier und Parlamentarierinnen auf die Zuschauertribünen verwiesen. Die Jugendlichen debattierten die Themen "Abfall", "Schweiz in der Welt" und "Zivildienst". Zum Abschluss forderten sie in einer Petition die Schaffung einer dauernden Institution, um sicherzustellen, dass die an der Jugendsession gemachten Vorschläge und Forderungen auch nach dem Jubiläumsjahr direkt in das politische Leben im Bundeshaus einfliessen werden.<sup>12</sup>

**GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE**DATUM: 22.04.1992  
MARIANNE BENTELI

**Die meisten der Jugendrechte, die vom Jugendforum der Europäischen Gemeinschaft in einer Charta gefordert werden, sind in der Schweiz bereits garantiert.** Einige wichtige Postulate sind jedoch noch nicht verwirklicht. Die Schweizerische Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände (SAJV) rief deshalb dazu auf, die Charta dort als Massstab zu nehmen, wo noch Lücken in der Gesetzgebung für Jugendliche bestehen, beispielsweise bei der kostenlosen Ausbildung bis auf Universitätsebene, der Bereitstellung preisgünstigen Wohnraums sowie dem Einbezug in die politischen Gremien.<sup>13</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 06.12.1992  
MARIANNE BENTELI

**Für die Schweizer Jugend**, sagte Bundesrat Delamuraz am Abstimmungsabend des 6. Dezember, sei das Nein der **Schweiz zum EWR besonders folgenschwer**. Viele Jugendliche sowohl aus der Romandie wie aus der Deutschschweiz wollten denn auch vor der Ablehnung des EWR nicht kapitulieren. Verschiedene Einzelgruppen wie etwa "Jugend für den EWR", "Génération Europe" und die Lausanner Studentenvereinigung, aber auch die SAJV und gewerkschaftliche Verbände bildeten zusammen das Komitee "Geboren am 7. Dezember 1992" riefen zu einer nationalen Kundgebung auf und kündigten an, eine Volksinitiative zur Wiederholung der EWR-Abstimmung lancieren zu wollen.<sup>14</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 06.12.1993  
MARIANNE BENTELI

Am 4. Dezember fand im Bundeshaus die **zweite Jugendsession** nach jener von 1991 statt. Sie wurde von der Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft für Jugendverbände (SAJV) organisiert und behandelte prioritär die Themen Gewalt, Beruf, Bildung, Jugendpolitik und Freiräume. Mit einer Petition wurde die Schaffung eines ständigen eidgenössischen Jugendparlaments im Bundeshaus verlangt, welches jeweils eine Woche vor dem National- und Ständerat tagen und über ein eigenes Budget zur Verwirklichung von Jugendprojekten verfügen soll. Dieses Anliegen wurde in zwei gleichlautenden Motionen von Abgeordneten der beiden Kammern aufgenommen.<sup>15</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 08.11.1994  
MARIANNE BENTELI

120 Jugendparlamentarier aus der ganzen Schweiz kamen im November im ausserrhodischen Wienacht zusammen. Die Teilnehmer diskutierten verschiedene Formen der Zusammenarbeit und beschlossen die Gründung eines Dachverbandes. Momentan bestehen gesamtschweizerisch fünf kantonale und über 20 kommunale **Jugendparlamente** - die Mehrheit davon in der Romandie.<sup>16</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 14.11.1994  
MARIANNE BENTELI

Mitte November fand im Bundeshaus die **dritte Jugendsession** statt. Rund 200 Jugendliche zwischen 14 und 21 Jahren setzten sich an ihrem zweitägigen Treffen mit dem Thema "Klima" auseinander. Am Ende ihrer Beratungen überwiesen sie mehrere Petitionen an die eidgenössischen Räte. Ihre zentrale Forderung war, dass Energieträger wie Benzin und Heizöl teurer werden müssten. Erstmals kamen die Jugendlichen auch in den Genuss von Entscheidungskompetenzen. Die Grundlage dazu bildete ein vom BUWAL zur Verfügung gestellter Betrag von 30 000 Fr. Die Sessionsteilnehmer beschlossen, diese Summe einer nationalen Velosammelaktion zugunsten Osteuropas, einem Aufforstungsprojekt in Costa Rica und einer Initiative für ein autofreies Luzern zukommen zu lassen.<sup>17</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 27.03.1995  
MARIANNE BENTELI

Auf Einladung der Kommission tagten im Frühjahr rund 100 Jugenddelegierte, Sozialarbeiter, Behördenmitglieder sowie Vertreterinnen und Vertreter von Jugendgremien in Biel, um unter dem Titel "Jugendarbeit auf Sparflamme - ein Spiel mit dem Feuer?" den heutigen Stand der Jugendarbeit kritisch zu durchleuchten. Sie bedauerten, dass in wirtschaftlich schwierigen Zeiten der finanzielle Druck zu drastischen Sparübungen in der Jugendarbeit führe, obgleich allen Fachleuten klar sei, dass dies - bei zunehmender Jugendarbeitslosigkeit und fehlenden Zukunftsperspektiven für die jungen Menschen - unwiederbringliche Schäden für die gesamte Gesellschaft nach sich ziehen werde. Sie forderten deshalb in einem **"Jugendmanifest"** eine Verfassungsgrundlage für jugendpolitische Ziele und Massnahmen sowie ein Rahmengesetz auf Bundesebene, das die Kantone zur Umsetzung einer griffigeren Jugendpolitik verpflichten soll.<sup>18</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 18.11.1995  
MARIANNE BENTELI

Im November trafen sich 200 Jugendliche aus allen Landesteilen in Bern zur **vierten Jugendsession**, welche unter dem Titel «**Die Schweiz von morgen**» stand. Wie bereits in den Vorjahren schlug sich die zweitägige Arbeit in einer Reihe von Petitionen nieder. Auf Anregung von Bundesrat Koller, der die Session eröffnete, befassten sich die Jugendlichen auch intensiv mit der anstehenden Revision der Bundesverfassung. Dabei erhielt der Antrag einer Arbeitsgruppe, bei der Neuformulierung der Volksrechte das Ständemehr abzuschaffen, eine erstaunlich deutliche Absage. Auch die Erhöhung der Unterschriftenzahlen für Initiative und Referendum wurde abgelehnt. Klar sprachen sich die Teilnehmer hingegen für eine bessere Integration der ausländischen Arbeitskräfte aus und verlangten, dass diesen nach einer fünfjährigen Aufenthaltsdauer in der Schweiz auf Wunsch das aktive und passive Wahlrecht erteilt werde. Weitere

Forderungen betrafen die Unterstützung von finanziell schlechter gestellten Familien und Alleinerziehenden, den Ausbau der Büros für die Gleichstellung von Frau und Mann sowie die Verpflichtung für die Gemeinden, die Schaffung von lokalen Jugendparlamenten zu unterstützen. Die Jungparlamentarier votierten auch deutlich für eine **Öffnung der Schweiz gegenüber Europa**, wobei sie allerdings zur Bedingung machten, dass bei allfälligen EU-Beitrittsverhandlungen in den Bereichen Bildung, Sozialwesen, Umwelt und Tierschutz keine Konzessionen gemacht werden dürften.<sup>19</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 25.03.1996  
MARIANNE BENTELI

An der traditionellen Bieler Tagung der EKJ, an welcher alljährlich rund 200 Fachleute aus dem Bereich der Jugendpolitik teilnehmen, wurde der **Stellenwert der Jugendsessionen kritisch hinterfragt**. Von verschiedener Seite wurde bemängelt, diese würden Gefahr laufen, zur reinen Alibiübung zu verkommen. Ohne Kompetenzen und ohne eigenes Budget, über die sie entscheiden könnte, sei die Jugendsession nicht mehr als ein Jugendtreffpunkt im Bundeshaus, an dem Demokratie nicht gelebt, sondern imitiert werde.<sup>20</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 20.11.1996  
MARIANNE BENTELI

Die **Stadt Luzern** erhielt den erstmals vergebenen **Pestalozzi-Preis für kinderfreundliche Lebensräume**. Der mit 20 000 Fr. dotierte Preis wird vom Dachverband Schweizer Lehrerinnen und Lehrer, der Pro Juventute, der Kinderlobby Schweiz, dem schweizerischen UNICEF-Komitee und der Pestalozzi-Stiftung getragen. Als einzige Stadt der Schweiz verfügt Luzern über ein Kinderparlament und einen Kinderbeauftragten.<sup>21</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 25.10.2000  
MARIANNE BENTELI

Aufgrund der die Kinder- und Jugendlichen betreffenden Artikel in der neuen Bundesverfassung (Art. 11, 41 und 67) schlug die **Eidgenössische Kommission für Jugendfragen** EKKJ die Einrichtung einer Stabsstelle zur Koordination der kinder- und jugendpolitischen Aktivitäten sowie eine **Jugendverträglichkeitsprüfung** bei Gesetzesentwürfen vor. In ihrem Bericht zuhanden des Bundesrates bemängelte die EKJ, dass auf eidgenössischer Ebene ein klares, zielgerichtetes und bedarfsgerechtes Konzept für eine Kinder- und Jugendpolitik fehlt, da das Thema beinahe alle Departemente betrifft, aber keine Verwaltungsstelle ausdrücklich dafür zuständig ist. Die Koordination und Zusammenarbeit der zuständigen Stellen in der Bundesverwaltung, aber auch zwischen Bund und Kantonen, den Gemeinwesen und den Nicht-Regierungsorganisationen müsse dringend verbessert werden. Diese Forderungen gingen der **Schweizerischen Arbeitsgemeinschaft der Jugendverbände** (SAJV) zu wenig weit. Sie möchte Kantone und Gemeinden zu einer aktiven Kinder- und Jugendpolitik verpflichten und verlangte zu diesem Zweck die Schaffung eines **Rahmengesetzes**. Sie argumentierte, ohne Gesetz sei ein Verfassungsartikel nutzlos, wie die Mutterschaftsversicherung zeige. Anders als die EKJ, die ihre Kompetenzen auf die Kinder ausweiten möchte, ist die SAJV aber der Ansicht, Kinder- und Jugendpolitik seien unterschiedliche Bereiche, die nicht vermengt werden sollten.<sup>22</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 12.06.2002  
MARIANNE BENTELI

Einstimmig hiessen beide Kammern die Ratifizierung des Fakultativprotokolls von 2000 zum Übereinkommen über die Rechte des Kindes gut. Das Protokoll hat zum Ziel, **Kindersoldaten**, deren Zahl weltweit auf 300 000 geschätzt wird, durch eine Anhebung des Mindestalters für Rekrutierungen und Kriegsdienste auf 18 Jahre besser zu schützen.<sup>23</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 19.12.2007  
MARIANNE BENTELI

Die meisten Vorstösse befassten sich in der einen oder anderen Form mit dem in den letzten Jahren stark thematisierten Problem der **Jugendgewalt**. Diese Frage nahm dementsprechend bereits in der allgemeinen Debatte einen breiten Raum ein. Dabei kam klar zum Ausdruck, dass die Eindämmung der Jugendgewalt eine Querschnittsaufgabe aller Ebenen (Bund, Kantone, Gemeinden) und Bereiche (Elternhaus, Schule, Ausländerintegration) ist, dass es einerseits darum geht, auch repressive Massnahmen ins Auge zu fassen, dass aber andererseits auf dem Gebiet der Prävention noch zusätzliche Anstrengungen unternommen werden müssen nach dem Motto „fordern und fördern“, welches schon die Ausgestaltung des neuen Ausländergesetzes geprägt hatte. Je nach politischer Ausrichtung der Parteien wurde eher der eine oder der andere Aspekt in den Mittelpunkt gerückt.

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 08.09.2009  
ANDREA MOSIMANN

Die steigende **Jugendarbeitslosigkeit** beschäftigte im Berichtsjahr Politik und Sozialpartner: Junge Leute wurden von der Rezession besonders hart getroffen, im Juli lag die Arbeitslosenquote von Jugendlichen im Alter zwischen 20 und 24 Jahren bei 5,6% und damit fast doppelt so hoch wie im Sommer 2008. Für das Jahr 2010 prognostizierte das Staatssekretariat für Wirtschaft sogar einen Anstieg auf 9,4%. Aufgrund dieser düsteren Aussichten rief Volkswirtschaftsministerin Leuthard an einer Medienkonferenz mit dem Arbeitgeberverband, dem Gewerbeverband und dem Schweizerischen Gewerkschaftsbund dazu auf, Jugendliche nach der Ausbildung weiter zu beschäftigen sowie ihre Arbeitsmarktfähigkeit mit Praktika und Übungsfirmen zu verbessern.<sup>24</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 31.12.2012  
EMILIA PASQUIER

La première conférence nationale dédiée au thème des jeunes face à la violence s'est déroulée en mars de l'année sous revue. L'événement, qui a rassemblé des travailleurs sociaux, des politiques, des juges et des policiers, s'inscrit dans le projet de prévention de la confédération « **Jeunes et violence** » et vise à intensifier les échanges afin d'améliorer la situation des jeunes face à la violence.<sup>25</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 11.07.2019  
SOPHIE GUIGNARD

**La protection des mineur-e-s et requérant-e-s mineur-e-s non accompagnés a suscité débat et contestation à Genève.** En mars 2019, un tout jeune adulte, requérant d'asile originaire d'Afghanistan, se suicide à Genève. Quelques semaines plus tard, ses amis, des RMNA (requérant-e-s d'asile mineur-e-s non accompagné-e-s), alertent la presse. Ils souhaitent relater leur conditions de vie au sein du foyer de l'Etoile, où habitait également Ali avant sa mort. Ils dénoncent le manque d'accompagnement socio-éducatif, la vétusté des locaux ainsi que les violences commises par le personnel du centre.

En juillet 2019, un collectif nommé Lutte des MNA envoie une lettre à Anne Emery-Torracinta (GE, ps), la conseillère d'Etat en charge du département de l'instruction publique, de la formation et de la jeunesse, pour l'alerter sur le manque de mesures prises pour les mineur-e-s non accompagnés. Ces jeunes disposent d'un statut particulier: leur pays d'origine, le plus souvent l'Algérie, le Maroc ou la Tunisie les empêche d'obtenir l'asile. Cependant, étant mineur-e-s, ils et elles ont droit à une prise en charge par le Service de Protection des Mineurs (SPMi) du canton. Ils sont notamment hébergés dans des structures bas seuil et reçoivent des repas. La lettre envoyée par le collectif estime ces mesures insuffisantes et demande une prise en charge socio-éducative, jusqu'à l'âge de 25 ans, ainsi que l'arrêt des arrestations par la police, jugées racistes. Le Conseil d'Etat répond à la lettre quelques jours plus tard en proposant une entrevue le 3 septembre. Cette réponse fait fi de l'urgence de la situation, selon le collectif, qui organise une manifestation le 30 juillet devant l'Hôtel de Ville.

Le sort des RMNA semble prendre une tournure plus favorable en octobre 2019. Suite à une manifestation de 150 personnes devant le foyer de l'Etoile, une motion est acceptée au Grand Conseil, qui pose les grandes lignes d'un encadrement socio-éducatif plus poussé dans un nouveau foyer, censé remplacer celui de l'Etoile.

Pour les MNA par contre, pas d'amélioration. Une manifestation a eu lieu fin octobre devant un hôtel où sont logés certains d'entre eux, pour dénoncer le manque d'encadrement ainsi que les actes considérés comme racistes de son gérant. En janvier 2020, sur les 47 mineurs non accompagnés pris en charge par le Service de la Protection des Mineurs, 21 n'ont pas d'hébergement. Au vu des températures hivernales et refusant de laisser dormir les jeunes dans la rue, le collectif Lutte des MNA occupe le théâtre du Grütli.

Le 24 janvier, après 11 jours d'occupation, le collectif quitte le Grütli. L'occupation est suspendue suite aux promesses du Conseil administratif de la ville et aux déclarations du Conseil d'Etat, qui a annoncé être disposé à prendre en charge les quinze mineurs présents. Le collectif fait toutefois savoir que cette solution n'est pas pérenne et qu'il attend un engagement plus affirmé de la part du canton.<sup>26</sup>

## Bildung, Kultur und Medien

### Bildung und Forschung

#### Grundschulen

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 01.07.2019  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Ausgangspunkt einer hitzigen medialen Diskussion um die **frühkindliche Förderung** war ein Artikel von SVP-Bildungspolitikerin Verena Herzog (svp, TG) in der SVP-Zeitung «Klartext», in welcher sie argumentierte, dass «eine verfehlte Zuwanderungspolitik durch staatlich verordnete Krippenerziehung wettgemacht werden» solle. Stein des Anstosses war dann ihre Aussage, in welcher sie Kinder in Krippen mit Verdingkindern verglich, die zwecks besserer Erziehung weggegeben wurden. Der Staat solle sich hierbei in grösserer Zurückhaltung üben – damals wie heute, so Herzog.

Vertreter und Vertreterinnen von Betreuungsorganisationen sowie vom Verein Fremdplatziert kritisierten den Vergleich vehement.

Die Aussage Herzogs liess sich in den Kontext der Debatten in Bundesbern über die frühkindliche Förderung einordnen. So wurde entschieden, dass neue Kita-Plätze weiterhin subventioniert werden und dass steuerpolitisch jene Eltern finanziell entlastet werden, die ihren Nachwuchs fremdbetreuen lassen (BRG 18.050). Herzog störte sich auch an den Bestrebungen, die Frühförderung der null- bis vierjährigen Kinder auszubauen. In der zuständigen Bildungskommission hätte ihr niemand beantworten können, was mit jenen Eltern passiere, die ihre Kinder nicht in die Frühförderung schicken wollten. Der Kindergartenbesuch sei auch freiwillig gewesen und dann obligatorisch geworden. Dasselbe wäre für die Frühförderung fatal, so Herzog.

Praktisch zur selben Zeit berichteten die deutschsprachigen Medien bezeichnenderweise über die Bemühungen einiger Kantone und Städte, die sprachliche Frühförderung von Kindern nichtdeutscher Muttersprache zu stärken. Viele Kinder sprächen zu Hause kein oder kaum Deutsch und seien daher komplett überfordert, wenn sie in die erste Klasse einträten. In einem Interview äusserte sich auch Dagmar Rösler, Präsidentin des Dachverbandes der Schweizer Lehrerinnen und Lehrer. Sie forderte ein schweizweites Obligatorium für eine Frühförderung analog dem Basler Modell. In diesem Modell «Frühe Deutschförderung» werden eineinhalb Jahre vor dem Kindergarteneintritt die Deutschkenntnisse fremdsprachiger Kinder ermittelt. Wenn diese nicht genügen, müssen die Kinder an mindestens zwei halben Tagen pro Woche eine Spielgruppe oder ein Tagesheim besuchen. In der Folge forderte Christoph Eymann (lpd, BS), Nationalrat und Präsident der SKOS, in einer zu Beginn von Nationalrätin Herzog bekämpften und schliesslich überwiesenen Motion, dass der Bundesrat prüfe und Bericht erstatte, wie die frühe Sprachförderung vor Eintritt in den Kindergarten mithilfe des Bundes im ganzen Land umgesetzt werden könne.

Ins gleiche Horn blies im Übrigen auch ein Bericht des Schweizerischen Wissenschaftsrates, der dringenden Handlungsbedarf bei der frühkindlichen Förderung sah. Gemäss den Medien sei ein schweizweites Obligatorium der sprachlichen Frühförderung jedoch derzeit nicht realistisch, weil die Frühförderung in der Kompetenz der Kantone liege.<sup>27</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 01.01.2020  
BERNADETTE FLÜCKIGER

Eine Auswertung im Rahmen der PISA-Studie 2018 kam Ende 2019 zum Schluss, dass die Schweiz europaweit einen unrühmlichen **Spitzenplatz beim Mobbing** unter Schülerinnen und Schülern einnimmt. In allen bei den Jugendlichen erfragten Kategorien (von Auslachen über Schubsen bis zur Zerstörung von Gegenständen der betroffenen Schülerinnen und Schülern) musste im Vergleich zur Studie von 2015 ein Anstieg verzeichnet werden. Die Studie liess offen, ob es eine Steigerung der Fälle gab, oder ob die Bereitschaft gestiegen war, über Mobbing zu sprechen. Philippe Wampfler, Lehrer und Medienpädagoge, vermutete im Blick, dass es auf beide Faktoren hinauslaufe: eine stärkere Sensibilisierung für das Thema und mehr Fälle, unter anderem weil es nun auch in den sozialen Medien zu Mobbing komme wie etwa via die neue App «Tellonym», der die Sonntagszeitung gar einen eigenen Artikel widmete. Dass beide Faktoren eine Rolle spielten, bestätigte auch Franziska Peterhans, Zentralsekretärin des LCH im Tagesanzeiger. In weiteren Presseartikeln wurden Kinder porträtiert, die Opfer von Mobbing waren und es wurde darauf hingewiesen, dass Mobbing heute auch nach der Schule weitergehe, wenn die Kinder zu Hause sind und sich auf den sozialen Medien aufhalten. Eine Expertin forderte in Le Temps, dass die psychosoziale Erziehung schon in den Krippen beginnen solle. Zudem seien auch die Lehrkräfte und die Schulleitungen gefordert, Fälle von Mobbing frühzeitig zu erkennen und Präventionsarbeit zu leisten.

Im selben Zeitraum kam auch der «Fall Céline» vor Gericht. Céline hatte sich im Alter

von 13 Jahren das Leben genommen, nachdem sie ein Opfer von Cybermobbing geworden war. Ein Mädchen und ein Junge wurden wegen versuchter Drohung und Beschimpfung respektive Nötigung und Pornografie angeklagt. Sie waren zu kurzen Arbeitseinsätzen verurteilt worden; den Strafbefehl gegen den männlichen Haupttäter hatten die Eltern von Céline angefochten, dies jedoch ohne Erfolg. Den Eltern ging es gemäss NZZ darum, dass in der Schweiz der Straftatbestand des Cybermobbings neu eingeführt würde. Um Cybermobbing im Schweizer Strafgesetzbuch festzuhalten, hätten die Eltern laut NZZ angekündigt, eine Initiative zu lancieren.<sup>28</sup>

## Kultur, Sprache, Kirchen

### Kulturpolitik

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 30.12.1987  
LUZIUS MEYER

**Ein ständiger Streitpunkt bildet in den Städten auch die Verteilung der Zuwendungen an die sogenannte «etablierte» und die «alternative» Kultur.** So entspann sich etwa in Basel ein Streit um die zukünftige Verwendung des alten Stadtgärtneriareals, das entweder als Volkspark hergerichtet oder aber einem alternativen Kulturzentrum Platz bieten soll. In Bern wurde die **ehemalige Dampfzentrale** für einen zweijährigen Versuch einer kulturellen Nutzung geöffnet, doch die Auseinandersetzungen um das **Schicksal der städtischen Reitschule** hielten an. Deren Abbruch forderte eine Initiative der NA, deren Schutz ein Gutachten der Denkmalpflege-Kommission und deren Nutzung die «Interessengemeinschaft Kulturraum Reitschule» (IKUR). Die Hitzigkeit dieser kulturpolitischen Diskussion nahm mit der gewaltsamen polizeilichen Räumung des Hüttendorfes «Zaffaraya» noch zu, doch wurden mit der provisorischen Öffnung der Reithalle über die Weihnachtstage auch wieder Ansätze zu versöhnlicheren Positionen sichtbar.

Zeichen für eine allmähliche Etablierung der alternativen Kultur waren dagegen andernorts auszumachen. Die **Stadt Genf sprach einen Kredit von CHF 4.3 Mio. für die Errichtung eines alternativen Kulturzentrums**, und mit einer grossen Mehrheit bestätigten die Zürcher Stimmbürgerinnen und -bürger in einer Volksabstimmung den vom städtischen Parlament gesprochenen **Umbau- und Betriebskredit für die Rote Fabrik**. Gleichzeitig wurde damit auch einem Trägerschaftsmodell zugestimmt, das dem seit den Jugendunruhen von 1981 bestehenden Versuchsbetrieb eine dauerhafte rechtliche Grundlage verlieh, deren grosse kultur- und gesellschaftspolitische Bedeutung von Vertretern aller grossen Parteien im Vorfeld der Abstimmung immer wieder betont worden war.<sup>29</sup>

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 31.12.1988  
LUZIUS MEYER

**In Bern wurden 1988 grundsätzliche Entscheide um die Zukunft der ehemaligen Reitschule noch nicht gefällt**, doch entspannte sich die Lage nach der Öffnung des Gebäudes Ende 1987 merklich. Aufgrund zweier denkmalpflegerischer Gutachten erteilte der Regierungsstatthalter die vom Gemeinderat (Exekutive) beantragte Abbruchbewilligung nicht, worauf letzterer den Entscheid an die kantonale Baudirektion weiterzog und den Abstimmungstermin für die NA-Initiative, welche an der Stelle der Reitschule die Errichtung einer Turnhalle verlangt, verschob. Die von der POCH wegen Ungültigkeit eingereichte Beschwerde gegen die Initiative wurde in der Zwischenzeit – bis zum Vorliegen des Entscheides über die Abbruchbewilligung – sistiert. Inzwischen nahm jedoch die Baugruppe des Benützervereins die Sanierung des Daches an die Hand, und nachdem sich zudem eine nicht direkt beteiligte Interessengemeinschaft für eine sanfte Renovation der Gebäude und für deren Nutzung für die Jugend und die Kultur einzusetzen begann, **erschien auch ein Stimmungswechsel im Stadtrat nicht mehr ausgeschlossen**.<sup>30</sup>

## Medien

### Radio und Fernsehen

GESELLSCHAFTLICHE DEBATTE  
DATUM: 30.04.1996  
EVA MÜLLER

Der Publikumsrat des Schweizer Fernsehens DRS kritisierte die **Werbung vor Kinder- und Jugendsendungen** und sprach sich aus ästhetischen und pädagogischen Gründen für ein werbefreies oder zumindest verantwortungsvolles Umfeld solcher Sendungen aus.<sup>31</sup>

- 
- 1) Lit. Golder et al. 2014; AZ, 7.8.14; NZZ, 15.9., 13.12.14
  - 2) Presse vom 10.11.95
  - 3) 20 Minuten Online, 19.5.20; AZ Online, 19.5.20; LT, TA, 20.5.20
  - 4) NZZ, 16.7.91; Presse vom 29.10.91. Für eine erste Bilanz der interkulturellen Pädagogik im Kanton Zürich siehe NZZ, 17.1.91.
  - 5) Lit. Eidg. Kommission; Bund, 7.8.91; Presse vom 17.12.91.
  - 6) AZ, 16.3.20; NZZ, 17.3., 18.3., 21.3.20; AZ, 27.3.20; AZ, Lib, 1.4.20; AZ, 3.4.20; TA, 4.4.20; WoZ, 9.4.20; AZ, Blick, 16.4.20; Lib, 17.4.20; AZ, 18.4.20; Blick, LT, TG, 21.4.20; TA, 24.4.20; AZ, 25.4., 29.4.20; WoZ, 30.4.20; NZZ, 4.5.20; AZ, Blick, LT, NZZ, 5.5.20; LT, TA, 6.5.20; LT, 7.5.20; TA, 9.5., 22.5., 29.5.20; SoZ, 31.5.20; LT, 9.6.20
  - 7) Basel : NZ, 57, 20.2.73 ; 107, 5.4.73 ; 224, 21.7.73 ; Bern : Tw, 33, 9.2.73 ; Genf : IdG, 51, 2.3.73. ; Bund, 19, 58, 82, 91, 98, 110, 122, 133, 24.1.-10.6.73 ; TG, 81, 6.4.73 ; Lib., 247, 28.7.73 ; TLM, 263, 20.9.73 ; NZZ, 534, 16.11.73 ; Ostschw., 296, 18.12.73.; Luzern : Vat., 207, 7.9.73 ; 291, 15.12.73 ; Solothurn : NZ, 45, 10.2.73 ; TA, 124, 30.6.73 ; Zürich : TA, 21, 26.1.73 ; Tat, 57, 9.3.73 ; 179, 4.8.73 ; NZZ, 128, 18.3.73 ; 280, 20.6.73.; NZZ, 394, 27.8.73 ; NZZ (sda), 588, 18.12.73.; So in Basel (TA, 113, 17.5.73 ; BN, 174, 28.7.73), Dübendorf (Tat, 78, 3.4.73 ; NZZ, 191, 26.4.73 ; AZ, 106, 8.5.73), Genf (TG, 45, 23.2.73), Kreuzlingen (NZZ, sda, 282, 21.6.73 ; Focus, 49, Febr. 1974) und Lugano (TA, 92, 19.4.73 ; NZZ, 170, 11.4.73). Vgl. ferner BN, 198, 204, 210, 25.8.-8.9.73.; TA, 13, 17.1.73 ; NZZ, 27, 18.1.73 ; 42, 26.1.73 ; Ostschw., 26, 31.1.73 ; 30, 6.2.73 ; 33, 9.2.73 ; BN, 57, 8.3.73 ; NZ, 84, 16.3.73 ; AZ, 136, 30.5.73 ; 108, 10.5.73.; TG, 236, 10.10.73 ; Bund, 259, 5.11.73 ; BN, 261, 6.11.73.
  - 8) Blancpain und Häuselmann (1974). Zur Unrast der Jugend.; Gilg (1974). Jugendliches Drängen in der schweizerischen Politik.; Kantonale und kommunale jugendpolitische Initiativen in: Genf (TG, 265, 13.11.74), Uri (Vat., 211, 12.9.74), St. Gallen (Ostschw., 247, 22.10.74 ; 286, 7.12.74) und Basel (NZ, 186, 17.6.74); NZZ, 142, 26.3.74. Vgl. ferner : Civitas, 29/1973-74, S. 763 ff.; Ldb, 24, 30.1.74 ; Vat., 27, 2.2.74 ; NZZ (sda), 100, 1.3.74 ; Tat, 91, 19.4.74 ; Ww, 31, 31.7.74 ; Bund, 180, 5.8.74 ; 181, 6.8.74 ; 192, 19.8.74 ; 193, 20.8.74.; Zu einer Studie über das Freizeitverhalten der Winterthurer Jugend vgl. Konzept, 7/8, 20.7.74 ; 9, 25.9.74 und Tat, 150, 29.6.74.
  - 9) Basel : TA, 128, 6.6.74 ; Bresche, Nr. 33/34, Juli/August 1974, Bern : Bund, 148, 28.6.74, 262, 8.11.74 ; BN, 163, 16.7.74. Chur : NBZ, 284, 16.9.74. Genf : TG, 162, 15.7.74 ; VO, 170, 26.7.74 ; 220, 24.9.74 ; JdG, 240, 15.10.74. Schlieren : Tat, 281, 2.12.74. Schwyz : Vat., 160, 13.7.74. St. Gallen : TA, 274, 25.11.74 ; Ostschw., 277, 27.11.74.; Ldb, 90, 20.4.74 ; 143, 25.6.74 ; 218, 21.9.74 ; 266, 16.11.74 ; 299, 27.12.74 ; TA, 194, 23.8.74 ; 196, 26.8.74 ; Focus, Nr. 53, Juni 1974.; NZZ, 38, 24.1.74 ; 291, 26.6.74 ; 294, 28.6.74.; NZZ, 87, 21.2.74 ; 141, 25.3.74 ; 193, 27.4.74 ; Der Republikaner, 4, 15.3.74 ; LNN, 81, 6.4.74 ; 83, 9.4.74 ; Ww, 17, 24.4.74 ; Ldb, 101, 4.5.74 ; TA, 104, 7.5.74 ; 83, 9.4.74.
  - 10) Bautz und Casparis (1975). Zur Unrast der Jugend.; Bayer et al. (1975). Religion im Untergrund.; NZZ, 180, 7.8.75.; NZZ, 19, 24.1.75 ; TA, 19, 24.1.75.; TG, 73, 29.3.75; NZZ, 211, 12.9.75.
  - 11) TA, 4.1., 8.1., 20.1., 30.1., 4.2., 11.2., 18.2., 24.2., 16.3., 20.3., 24.3., 25.3., 27.3. et 19.4.82; Woche, 8.1.82; NZZ, 19.1., 6.2., 25.2., 9.3., 19.3., 24.3., 29.3., 7.4., 29.3., 7.4. et 6.5.82; 24 Heures, 30.1.82; Vr., 8.2. et 24.3.82; SGT, 18.3.82; L'Hebdo, 26.3.82
  - 12) Amtl. Bull. der Bundesversammlung, Jubiläumssessionen 1991, S. 65 ff.; Bund, 18.1.91; Presse vom 19.6.91; NZZ, 12.9.91; Presse vom 26.9.91; Baz, 15.8.91; SZ, 16.8.91; Presse vom 23.9.91.
  - 13) Lit. Schweizerische; NZZ, 22.4.92.
  - 14) Bund, 16.12.92. Vgl. auch oben, Teil I, 2. EEE.
  - 15) Verhandl. B.vers., 1994, I, S. 100 und 154; NZZ, 26.7.95; Presse vom 17.8., 26.11. und 6.12.95.
  - 16) NZZ und TA, 8.11.94.
  - 17) Presse vom 12.11. und 14.11.94.
  - 18) Presse vom 27.3.95.
  - 19) Presse vom 18.11. und 20.11.95.
  - 20) Presse vom 23.3. und 25.3.96. Siehe SPJ 1995, S. 273.
  - 21) Bund, 20.11.96.
  - 22) Lit. Eidg. Kommission; Presse vom 19.4.00.; Lit. Schweiz. Arbeitsgemeinschaft; Presse vom 25.10.00.
  - 23) AB SR, 2002, S. 1 f.; AB NR, 2002, S. 870 f. Siehe SPJ 2001, S. 214.
  - 24) BaZ und NZZ, 29.4.09; Bund, 8.9.09.
  - 25) NZZ, 10.3.12.
  - 26) TG, 13.7., 31.7.19; LT, 14.8.19; TG, 14.9., 14.10., 18.10., 19.10., 30.10.19, 14.1.20; LT, 15.1.20; TG, 22.1., 24.1., 29.1.20
  - 27) Blick, 17.7., 18.7.19; SoZ, 18.8.19; BaZ, TA, 19.8.19; NZZ, 20.8.19; AZ, 18.9.19; NZZ, 24.9.19; SGT, TA, 25.9.19
  - 28) AZ, 4.12.19; Blick, TA, 5.12.19; AZ, 7.12.19; LT, 19.12.19; SoZ, 19.1.20; AZ, 14.2., 15.2.20; AZ, NZZ, 27.2.20
  - 29) BaZ, 14.8.87; BZ, 9.9., 3.10., 29.10., 2.11., 26.11., 9.12., 15.12. und 31.12.87; Bund, 2.11. und 3.12.87; JdG, 12.5. und 22.9.87; WoZ, 18.9. und 4.12.87; TA, 19.11. und 7.12.87; NZZ, 2.12. und 7.12.87.
  - 30) BZ, 4.1., 9.3., 10.3., 17.3., 23.3., 6.5., 13.8. und 20.8.88; WoZ, 6.5.88; Bund, 20.8. und 25.8.88.
  - 31) SGT, 30.4.96.